

## EINLADUNG

Am **Dienstag, 31.05.2011, 18.00 Uhr**, findet im **Sitzungssaal** des Rathauses in **Setterich**, An der Burg, eine Sitzung **des Ausschusses für Verkehr und Umwelt** der Stadt Baesweiler statt, zu der ich Sie hiermit einlade.

  
\_\_\_\_\_  
(Wilfried Menke)  
Vorsitzender

### TAGESORDNUNG :

#### **A) Öffentliche Sitzung**

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 27.01.2011
2. Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers und seiner/ihrer Stellvertreterin/seines/ihrer Stellvertreters
3. Anbindung der Stadt Baesweiler an das Netz der Euregiobahn
4. Einrichtung einer Tempo 30-Zone auf der Mariastraße;  
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 13.04.2010
5. Verkehrssituation im Herzogenrather Weg;  
hier: Vorstellung der Planungen
6. Verkehrssituation in der Gebrüder-Grimm-Straße;  
hier: Antrag von Anwohnern vom 31.03.2011
7. Brücke auf der B57n auf Höhe der Hubertusstraße;  
hier: Radverkehr

**(Zu den Tagesordnungspunkten 4. bis 7. wird auf die beigegefügte Niederschrift der Verkehrskommissionsbereisung vom 11.05.2011 verwiesen.)**

8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

**B) Nicht öffentliche Sitzung**

10. Mitteilungen der Verwaltung
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern

**Vorlage für die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt**  
**(Sitzung am 31.05.2011/ Punkt 2 der Tagesordnung)**

**Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers und seiner/ihrer Stellvertreterin/seines/ihrer Stellvertreters**

Durch den Amtswechsel des bisherigen Schriftführers des Ausschusses für Verkehr und Umwelt, Herrn StAR Lars Schröter, wird die Bestellung einer neuen Schriftführerin/eines neuen Schriftführers erforderlich.

Nach § 58 Abs. 2 GO NW i. V. m. § 52 Abs. 1 GO NW wird die Schriftführerin/der Schriftführer vom Ausschuss für Verkehr und Umwelt bestellt.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, die Schriftführung im Ausschuss für Verkehr und Umwelt auf Herrn StOI David Frings zu übertragen.

Im Falle seiner Verhinderung wird die Schriftführung - wie bisher - auf Herrn StOAR Pierre Froesch übertragen.

Die Schriftführerin/der Schriftführer ist gleichzeitig auch Schriftführerin/Schriftführer bei der Verkehrskommission.

Neben der Schriftführerin/dem Schriftführer ist die Niederschrift gemäß § 58 Abs. 2 GO NW i. V. m. § 52 Abs. 1 GO NW von dem Ausschussvorsitzenden zu unterzeichnen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt bestellt Herrn StOI David Frings zum Schriftführer.

In Vertretung:

  
(Brunner)  
Beigeordneter



**Vorlage für die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt**  
**(Sitzung am 31.05.2010 / Punkt 3 der Tagesordnung)**

**Anbindung der Stadt Baesweiler an das Netz der Euregiobahn**

Die Forderung der Stadt Baesweiler bezüglich einer Anbindung an das schienengebundene Nahverkehrsnetz besteht bereits seit Anfang der 90er Jahre, als es Überlegungen gab, eine Regionalbahntrasse im Verlauf der B 57 von Aachen bis Baesweiler zu führen. Mit der Veränderung dieser ersten Konzeptüberlegungen hin zu der kostengünstigeren und schneller realisierbaren Ringbahntrasse war eine Anbindung Baesweilers zunächst nicht vorgesehen, da der Ringschluss von Aachen über Herzogenrath weiter nach Alsdorf, Würselen und Stolberg bzw. an das Bahnnetz zwischen Aachen - Köln ein in sich geschlossenes Konzept darstellte.

Dennoch hat die Stadt Baesweiler immer wieder darauf gedrängt, eine Anbindung der Stadt an die Ringbahnkonzeption zu untersuchen. Viele Gespräche mit den Verantwortlichen des AVV bzw. des NVR führten vor allem in den letzten beiden Jahren dazu, dass nun Bedarfsanalysen und Machbarkeitsstudien als Voraussetzung für die Einstellung eines solchen Projektes in die Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen vorgenommen werden sollen.

Von Seiten des NVR wurden zwischenzeitlich mögliche Varianten für eine Anbindung der Stadt Baesweiler untersucht. Insbesondere die Möglichkeiten über noch vorhandene Trassen der alten EBV-Bahn zur Zeche Carl-Alexander bzw. Zeche Emil-Mayrisch zu nutzen, erscheint unter verfahrenstechnischen Gesichtspunkten der sinnvollste Weg, während eine Variante, die Anbindung von Alsdorf entlang des Kurt-Koblitz-Ringes Richtung Baesweiler zu führen, verfahrenstechnisch und auch kostenmäßig als eher unrealistisch zu bezeichnen ist.

Nach Gesprächen mit verantwortlichen Vertretern des Nahverkehr Rheinland (NVR) erscheint folgender Zeitplan für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie realistisch:

In den nächsten zwei Monaten werden entsprechende Angebote von Fachbüros eingeholt, die dann im Sommer dieses Jahres beauftragt werden sollen. Hinsichtlich der Finanzierung einer solchen Machbarkeitsstudie wurde von Seiten des NVR eine jeweils 20%-ige Beteiligung der betroffenen Kommunen Alsdorf und Baesweiler vorgeschlagen. Es wird davon ausgegangen, dass hierbei eine Kostengröße von 10.000 € pro Kommune bereitzustellen ist.

In dieser Machbarkeitsstudie sollen insbesondere folgende Punkte erarbeitet werden:

- Betriebsprogramm und Leistungsbild
- Infrastrukturausbauinvestitionen
- Betriebskosten
- Nachfrage- und Erlöserwartungen
- Abschätzen der Kosten-/ Nutzenrelation

Im Anschluss an die Machbarkeitsstudie, die voraussichtlich zum Jahreswechsel abgeschlossen sein dürfte, würden je nach Ausgang des Gutachtens weitergehende vertiefende Planungsschritte erfolgen, um die zwingend erforderliche "standardisierte Bewertung" vornehmen zu können, die notwendige Voraussetzung für die Aufnahme eines Schienenprojektes in die Förderung des Landes Nordrhein-Westfalens ist. Bevor jedoch eine Anmeldung zum Infrastrukturbedarfsplan durchgeführt werden kann, sind entsprechende Beschlüsse im NVR zu fassen. Alle weiteren Schritte sind abhängig von der Finanzlage und den Beschlüssen im Land NRW.

Auch wenn über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und der weiteren Untersuchungsschritte noch keine Aussagen gemacht werden können, wird es weiterhin wichtig sein, auch alle politischen Möglichkeiten zu nutzen, die Notwendigkeit der Schienenanbindung der Stadt Baesweiler auf allen Ebenen zu betonen und voranzutreiben.

In Vertretung:



(Strauch)

I. und Techn. Beigeordneter

## N i e d e r s c h r i f t

### **über die Besichtigungsfahrt der Verkehrskommission bezüglich Verkehrslenkungs- und Beschilderungsmaßnahmen am 11.05.2011**

Beginn: 15.00 Uhr  
Ende: 17.40 Uhr

#### **Teilnehmer:**

- |    |  |    |   |
|----|--|----|---|
| a) | <u>Verkehrskommission:</u><br>Burghardt, Uwe<br>Deserno, Hans-Dieter<br>Mandelartz, Alfred<br>Menke, Wilfried<br>Mohr, Christoph | b) | <u>von der Verwaltung:</u><br>Beigeordneter Brunner<br>StOAR Froesch<br>StOI Frings als Schriftführer |
|----|--|----|---|

Die Besichtigungsfahrt der Verkehrskommission wurde mit Fahrrädern durchgeführt.

#### **Besichtigungsverlauf:**

##### **1. Begehung der Mariastraße zwischen den Einmündungen Aachener Straße und Roskaul**

In der Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt am 15.06.2010 beschlossen die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt, einen Antrag der FDP-Fraktion auf Ausweisung einer „Tempo-30-Zone“ auf der Mariastraße zwischen Roskaul und Stadtpark Baesweiler auf Grund fehlender rechtlicher Möglichkeiten abzulehnen. Auf Wunsch der FDP-Fraktion, der in gleicher Sitzung geäußert wurde, wurde der Tagesordnungspunkt nun nochmals in der Verkehrskommission behandelt.

Laut Information von Herrn Froesch kommt die Ausweisung einer „Tempo-30-Zone“ oder „Tempo-30-Strecke“ in diesem Bereich verkehrsrechtlich auch weiterhin nicht in Betracht. Dagegen spreche u.a. der straßenverkehrsrechtliche Charakter der Mariastraße als eine Haupteinfahrtsstraße. Ferner weist der Bereich keine Unfallzahlen auf, die eine Geschwindigkeitsreduzierung nach der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung rechtfertigen würden.

Seitens der SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionen wurden bezüglich der vorhandenen Pflasterung ab dem Kreisverkehr Aachener Straße Bedenken geäußert. Der streckenweise unterschiedliche Bodenbelag könne Autofahrern den Eindruck vermitteln, sich in einer verkehrsberuhigten Zone zu befinden.

Von einer weiteren Beschilderung dieses Bereiches riet Kommissionsmitglied Mohr für die CDU-Fraktion jedoch ab, da nach seiner Ansicht keine Regelung notwendig sei. Es sei vielmehr als positiv zu werten, wenn Autofahrer auf Grund der Pflasterung die Fahrgeschwindigkeit reduzieren.

Die Kommissionsmitglieder fassten sodann einstimmig für den Ausschuss für Verkehr und Umwelt folgenden

**Beschlussvorschlag:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beschließen erneut, auf Grund fehlender rechtlicher Möglichkeiten, von der Ausweisung einer „Tempo-30-Strecke“ auf der Mariastraße zwischen Roskaul und Stadtpark Baesweiler abzusehen.

**2. Verkehrssituation im Herzogenrather Weg**

Beigeordneter Brunner stellte die Planungen für den oberen Bereich des Herzogenrather Weges vor, die jeweils 58 alternierende Parkplätze vorsehen und das Parken in den gekennzeichneten Flächen verbindlich machen, um insbesondere ein unproblematisches Erreichen der Moschee durch die Feuerwehr im Brandfall zu gewährleisten; ebenfalls wurde die Befahrbarkeit mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen berücksichtigt. Neben der Neuordnung des Parkgeschehens soll die Maßnahme auch dazu beitragen, dass in diesem Bereich nicht mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren werden kann.

Es wurde ferner angeregt, auch in den umliegenden Straßen - verstärkt in den Abendstunden - den ruhenden Verkehr zu überwachen. Vor allem im Bereich der Eichenstraße käme es durch vor den Baumscheiben stehenden Fahrzeugen teilweise zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Die Verwaltung sagte eine verstärkte Überwachung zu.

Die Kommissionsmitglieder fassten einstimmig für den Ausschuss für Verkehr und Umwelt folgenden

**Beschlussvorschlag:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beschließen, die Verwaltung mit der Umsetzung des in der Sitzung vorgestellten Parkkonzeptes im Herzogenrather Weg zu beauftragen.

**3. Benutzung des Geh-/ Radweges entlang der L 225 zwischen den Kreisverkehren in der Geilenkirchener Straße und an der K 27n**

Beigeordneter Brunner informierte, dass die Begeh- und Befahrbarkeit des Geh- und Radweges entlang der L225, insbesondere im Bereich zwischen dem Kreisverkehr „Geilenkirchener Straße“ und dem Kreisverkehr „CAP“, streckenweise in einem schlechten Pflegezustand sei. Mehrfach sei dieses Problem in den letzten Jahren bei Straßen NRW thematisiert worden. Eine erneute Sachstandsnachfrage habe ergeben, dass Straßen NRW andere Maßnahmen als vorrangig erachte und daher eine zeitnahe Verbesserung nicht in Aussicht gestellt werden könne; Pflegemaßnahmen am Grünstreifen seien allerdings vorgesehen.



Kommissionsmitglied Deserno betonte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass eine Unfallgefahr durch die vorhandenen Schlaglöcher in der Pflasterdecke und den angrenzenden Graben vor allem bei Dunkelheit gegeben sei. Abhilfe würde einzig das Auftragen einer neuen Schwarzdecke schaffen. Die Verwaltung sagte zu, in dieser Angelegenheit erneut Kontakt zu Straßen NRW aufzunehmen.

Kommissionsmitglied Mohr wies für die CDU-Fraktion darüber hinaus auf die Ausfahrt vom Parkplatz des IBS, Arnold-Sommerfeld-Ring, hin. Hier würden täglich Fahrzeuge im Haltverbot parken. Er bat um verkehrsüberwachende Maßnahmen in diesem Bereich. Dies wurde seitens der Verwaltung zugesagt.

#### 4. Brücke auf der B 57n auf Höhe der Hubertusstraße - Radverkehr

Kommissionsmitglied Menke wies für die CDU-Fraktion darauf hin, dass die Brücke auf der B57n auf Höhe der Hubertusstraße durch die Steigung äußerst schlecht einsehbar und von Leitplanken eng umschlossen sei. Dies bringe erhebliche Gefahren für Radfahrer bei der Überfahrt der Brücke mit sich. Sollte es zu einer Verengung durch beispielsweise breite Fahrzeuge oder Überholmanöver kommen, könnten die Radfahrer in die Leitplanken gedrängt werden.

Beigeordneter Brunner informierte, dass auf der nebenliegenden Trasse ein Radweg in Form einer Schwarzdecke errichtet werden könne. Jedoch sei die Führung nur etwa bis zur Mitte der Brücke geklärt, da sich hier sofort das Stadtgebiet Übach-Palenberg anschließe. Gespräche mit der Stadt Übach-Palenberg hinsichtlich einer Weiterführung des Radweges würden bereits geführt. Durch die schlechte finanzielle Situation der Stadt Übach-Palenberg könne die Fortführung des Radweges bis zur L225 jedoch nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfolgen.

Kommissionsmitglied Menke stellte für die CDU-Fraktion heraus, dass eine Fortführung des Radweges unbedingt erforderlich sei, da die Radfahrer bei Errichtung eines Radweges ausschließlich auf Baesweiler Stadtgebiet gezwungen seien in diesem Risikobereich auf die Fahrbahn zu wechseln. Die Schwarzdecke könnte als absolute "Notlösung" auf Übach-Palenerger Seite hinter dem "Brückenauslauf" auf die Straße münden, sollte aber idealerweise bis zur L 225 fortgeführt werden. Die notwendige Trasse sei bereits jetzt vorhanden.

Die Kommissionsmitglieder fassten einstimmig für den Ausschuss für Verkehr und Umwelt folgenden

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Ausschuss für Verkehr und Umwelt erkennt die dringende Notwendigkeit zur Schaffung einer sicheren Führung des Radverkehrs im Bereich der Brücke über die B 57n auf Höhe der Hubertusstraße.

Da eine sinnvolle Führung nur unter Einbeziehung des Straßenbereiches der Stadt Übach-Palenberg möglich ist, beauftragt der Ausschuss für Verkehr, die Verwaltung, die Stadt Übach-Palenberg in Fortführung bereits begonnener Gespräche zu überzeugen, sich für den Bereich der Stadt Übach-Palenberg an der Schaffung einer sicheren Radverkehrsführung im v.g. Bereich zu beteiligen. Sofern eine Lösung unter Einbeziehung der Stadt Übach-Palenberg zeitnah nicht zustande kommt, wird die Verwaltung beauftragt, auf Grund der Dringlichkeit der Angelegenheit kurzfristig zu prüfen, welche alternativen Lösungsvorschläge in Betracht kommen.

#### **5. Verkehrssituation im Bereich "Am Ringofen"; Ortsausgang Richtung Loverich**

---

Am Ortseingangsbereich in Beggendorf in der Straße "Am Ringofen" fasste der Ausschuss für Verkehr und Umwelt am 15.06.2010 den Beschluss, die Einengung der Fahrbahn auf 3,50 m im Rahmen einer Verkehrsberuhigungsmaßnahme vorzusehen, sodass kein gegenläufiger Verkehr mehr möglich ist.

Kommissionsmitglied Deserno bemängelte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass in diesem Bereich keine Durchfahrmöglichkeit für Radfahrer geschaffen worden sei. Radfahrer seien gezwungen, mit dem Fahrzeugverkehr die geschaffene "Einengung" zu umfahren.

Herr Froesch informierte, dass das Anlegen einer "Radspur" neben der Engstelle nicht möglich gewesen sei, da die Fahrbahn an dieser Stelle zu eng sei und hier bereits Baumscheiben bestanden, die ansonsten zu hohen Kosten hätten entfernt werden müssen.

Des Weiteren sei der Radverkehr an dieser Stelle verschwindend gering, da die Radwegbeschilderung in diesem Bereich nicht über die Straße "Am Ringofen" führt. Auch ein Umfahren der Verengung, gemeinsam mit dem Fahrzeugverkehr, bringt aus Sicht der Verwaltung jedoch keine Gefährdung mit sich, da durch die Einengung ohnehin nur ein verlangsamtes Durchfahren für PKW-Fahrer möglich ist.

#### **6. Besichtigung der neuen Bodenschwelle auf der K8 im Ortseingangsbereich Loverich aus Richtung Setterich kommend**

---

In seiner Sitzung am 05.06.2010 hatte der Ausschuss für Verkehr und Umwelt die Verwaltung beauftragt, die in der Sitzung vorgestellte Planung im o.g. Bereich umzusetzen und ergänzend dazu im Ortseingangsbereich Loverich, aus Richtung Setterich kommend, geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen vorzusehen.

Die Maßnahme wurde mittlerweile, in enger Abstimmung mit der StädteRegion Aachen, umgesetzt und wurde den Mitgliedern der Verkehrskommission vor Ort vorgestellt.

Die Verkehrskommission stellte fest, dass die vorgenommene Bodenwelle nicht hoch genug ist, um die Fahrzeuge zur Geschwindigkeitsreduzierung bei der

Ortseinfahrt zu zwingen. Allenfalls die weißen Streifen am Bodenschwellenbeginn auf der Fahrbahn wirken abschreckend.

Herr Brunner informierte, dass nach Rücksprache mit der StädteRegion, in deren Zuständigkeit diese Maßnahme fällt, nur diese Maßnahme in Betracht kam.

## **7. Führung des Radverkehrs im Kreuzungsbereich Bahnstraße/Wolfgasse; Benutzung des links geführten Radweges in der Wolfgasse Richtung Puffendorf sowie in der Bahnstraße zwischen Wolfgasse und von-Reuschenberg-Straße**

---

In der Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt am 15.06.2010 wurde unter TOP 7 "Novellierung der Straßenverkehrsordnung (StVO) 2009; hier: Auswirkungen für das Stadtgebiet Baesweiler" in einer sehr ausführlichen Verwaltungsvorlage dargestellt, welche Änderungen, insbesondere für den Radverkehr, zu erwarten seien.

Unter anderem heißt es unter dem Unterpunkt "Freigabe linker Radwege": Bisher konnten "linke Radwege" nur in Form einer Benutzungspflicht nach Zeichen 237, 240 und 241 StVO freigegeben werden. Neu eingeführt wird die Einräumung eines Benutzungsrechtes mit Zeichen 1022-10 (Radfahrer frei) StVO unter VZ 239 (Gehweg) StVO für "linke Radwege", ohne das ein benutzungspflichtiger Radweg vorhanden ist.

Ausgeführt wurde in der Verwaltungsvorlage, dass - basierend auf der zum damaligen Zeitpunkt noch nicht verabschiedeten StVO-Novelle - das Stadtgebiet Baesweiler durch die Verwaltung dahingehend überprüft wurde, welche Änderungen vorzunehmen seien. Hierbei wurden verschiedene Verkehrsschauen, an dem auch die Polizei und - soweit betroffen - die Straßenmeisterei teilnahm, durchgeführt.

Vorbereitende Maßnahmen wurden somit bereits getroffen und werden demnächst durch den neuen Radverkehrsbeauftragten auch umgesetzt. Allerdings wird die Verwaltung die Umsetzungen erst vornehmen, wenn die noch ausstehende Verabschiedung der StVO-Novelle erfolgt ist.

Darüber hinaus haben die Straßenbaulastträger, in deren Trägerschaft die meisten Radwege liegen, seinerzeit signalisiert, sich einer einheitlichen Vorgehensweise im Städteregionsgebiet anzuschließen. Das seitens der StädteRegion Aachen angekündigte Gespräch mit allen Städteregionsangehörigen Kommunen hinsichtlich der Mindeststandards für Radverkehrsanlagen im Städteregionsgebiet steht noch aus.

Mit der Verwaltung wurde abgestimmt, die Verabschiedung der StVO-Novellierung abzuwarten und sodann die entsprechenden Änderungen zunächst der Verkehrskommission vorzustellen.

---

**8. Verkehrssituation in der Gebrüder-Grimm-Straße**

---

Anwohner der Gebrüder-Grimm-Straße beantragten erneut, geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen vorzunehmen. Der Antrag wurde damit begründet, dass nach Ansicht der Anwohner auch weiterhin, trotz der vorgeschriebenen 30-km/h, zu schnell gefahren werde und derzeit keine wirksamen verkehrsberuhigenden Maßnahmen vorhanden seien.

Die Angelegenheit wurde bereits in der Verkehrskommission am 15.10.2008 sowie in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt am 06.11.2008 behandelt. Seinerzeit hatte der Ausschuss für Verkehr und Umwelt beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, die Verkehrssituation in der Gebrüder-Grimm-Straße weiter zu beobachten und von verkehrsberuhigenden Maßnahmen abzusehen.

Die Verwaltung war der Ansicht, dass sich die Verkehrssituation dort zwischenzeitlich beruhigt hat. Insbesondere wurden über einen längeren Zeitraum keine Anwohnerbeschwerden mehr vorgetragen.

Wie dem Anwohnerschreiben vom 31.03.2011 und vorangegangenen Gesprächen zu entnehmen ist, stellt sich die Situation allerdings aus Sicht der Anwohner anders dar.

Kommissionsmitglied Burghardt erläuterte für die CDU-Fraktion, dass das Verkehrsaufkommen in diesem Bereich sehr gering sei. Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung seien bereits ausreichend geschaffen worden. Kommissionsmitglied Menke führte für die CDU-Fraktion aus, dass es sich bei der Gebrüder-Grimm-Straße um keine Durchfahrtsstraße handeln würde. Hierdurch würden vornehmlich Anwohner die Straße befahren, die eigentlich selbst ein Interesse an einer ordnungsgemäßen Fahrweise haben sollten.

Die Kommissionsmitglieder fassten einstimmig für den Ausschuss für Verkehr und Umwelt folgenden

**Beschlussvorschlag:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beauftragen die Verwaltung, das Verkehrsaufkommen in der Gebrüder-Grimm-Straße festzustellen und parallel dazu Geschwindigkeitsmessungen vorzunehmen. Sollte sich dann Handlungsbedarf ergeben, so ist die Angelegenheit den Mitgliedern des Ausschusses für Verkehr und Umwelt erneut vorzulegen.

---

**9. Führung des Radverkehrs im Bereich Aachener Straße/Jülicher Straße; Benutzung des links geführten Radweges an der Jülicher Straße Richtung Albert-Schweitzer-Straße**

---

Hinsichtlich des "linken Radweges" wir auf TOP 7 verwiesen.

Beigeordneter Brunner informierte, dass Straßen NRW bereits mehrfach signalisiert habe, es bei der dort am Kreisverkehr geltenden Regelung zu belassen. Radfahrer müssten daher beim Queren absteigen.

## 10. Radwegweisung Parkstraße/ Ecke Bahnhofstraße

Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt am 15.06.2010 wurde das Thema behandelt. Seinerzeit hat die Verwaltung auf Wunsch von Herrn Beckers für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Kontakt zum Radverkehrsbeauftragten der StädteRegion Aachen aufgenommen. Die Änderung der Hinweisbeschilderung zum Zentrum über die Bahnhofstraße wurde diesseits jedoch erneut abgelehnt, da eine Zentrumsbeschilderung bereits an verschiedenen Stellen bestehe.

Kommissionsmitglied Mandelartz führte für die SPD-Fraktion an, dass die Beschilderung zum Zentrum nicht auf direktem Wege über die Bahnhofstraße erfolge. Herr Froesch wies auf die dem entgegenstehende Einbahnstraßenregelung ab der Einmündung Peterstraße/Kirchstraße hin. Die Radverkehrlenkung führe demnach bewusst nicht auf direktem Wege in diesen Bereich, um die Verkehrssicherheit zu wahren.

Herr Mandelartz schlug vor, eine Radverkehrlenkung zum Zentrum über die Kapellenstraße einzurichten. An der Abzweigung Carlstraße bestehe bereits ein Hinweisschild Richtung Zentrum.

## 11. Führung des Radverkehrs im Kreuzungsbereich Aachener Straße/Kapellenstraße/Eschweilerstraße sowie Abzweigung des Radwegs von der Aachener Straße in Richtung Parkstraße

Die vorgenannte Maßnahme wurde ebenfalls bei Straßen NRW beantragt. Eine Änderung der Führung des Radverkehrs wurde jedoch abgelehnt, da hierfür kein Bedarf gesehen wird. Eine Änderung würde auch eine Überplanung der LSA bedeuten.

Im Übrigen wird auf TOP 25 "Überplanung und Instandsetzung der Radwegweisung im Stadtgebiet Baesweiler" aus der Sitzung vom 08.12.2009 verwiesen.

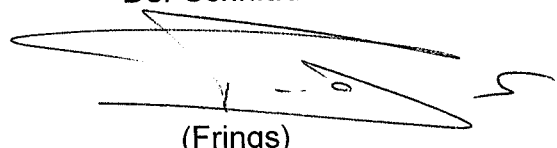
Hinsichtlich des "linken Radweges" wird auf TOP 7 verwiesen.

Herr Deserno von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, dass keine ausreichende Beschilderung auf der Aachener Straße, nach Einmündung Petronellastraße in Richtung Kapellenstraße, bestünde, aus der deutlich werde dass auf der linken Seite ein Radweg eingerichtet sei. Hier sollte ein Hinweis angebracht werden. Die Verwaltung sagte eine Weitergabe an die StädteRegion Aachen zu.

Herr Menke wies für die CDU-Fraktion auf das Unfallrisiko einer Querung der Aachener Straße in diesem Bereich hin. Der Radverkehr könne durch die Querungshilfe Aachener Straße / Kapellenstraße auf den Radweg Richtung Alsdorf wechseln.

Baesweiler, den 18.05.2011

Der Schriftführer



(Frings)

